

Studenten-Unruhen – Ursache oder Indiz sich anbahnender Umwälzungen?

ANRISSE – Gespräch mit dem Dekan der Fakultät für Architektur, Prof. O.M. Ungers

Eine provokative These besagt, die starke Solidarisierung besonders seitens der TU-Studentenschaft mit den Trägern und Teilnehmern der Demonstration vom 2.6. sei unter anderem darauf zurückzuführen, daß infolge der günstigen örtlichen Gelegenheiten viele TU-Studenten ihr Informationsbedürfnis befriedigen wollten, und dabei in die von der Polizei offensichtlich gesuchte Konfrontation geraten seien – was stimmt daran?

Was bewirkte die Bewußtseinsänderung auch in der Professorenschaft, die diese veranlaßte, sich institutionell – durch Erklärung des Akademischen Senats – wie auch personell – durch Ansprachen von der versammelten Studentenschaft – mit dem studentischen Aufbegehren gegen das Vorgehen der Polizei wie gegen das dieses Vorgehen deckende politische Verhalten der Exekutive solidarisch zu erklären?

Spätestens seit der SPIEGEL-Affäre wissen wir, daß der Bestand einer demokratisch-republikanischen Verfassung noch nicht unbedingte Gewähr für die Kongruenz von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit verbürgt. Korrektive bei ihrem Auseinanderklaffen wären zunächst die etablierte Opposition, sodann die Öffentlichkeit, sprich Presse. Ist der Studentenprotest nicht Anmaßung?

O.M.Ungers: Das Motiv der Neugier mag einige Studenten bewogen haben, an der Demonstration am 2. Juni teilzunehmen. Teilweise war es Informationsbedürfnis und – auch das läßt sich nicht ausschließen – eine gewisse Sensationslust. Die informationsbedürftigen, die neugierigen und sensationshungrigen Studenten waren jedoch in der Minderzahl. Der weitaus größte Teil beteiligte sich nach meinen Beobachtungen an der Demonstration aus einem politischen Engagement heraus. Man kann diesen politisch engagierten Studenten nicht ohne weiteres Mitläufertum oder gar blinde Abhängigkeit von kleineren sogenannten radikalen Gruppen vorwerfen. Ein solcher Vorwurf ist zu billig und verkennt die kritische Wachsamkeit und politische Hellhörigkeit der meisten Studenten. Außerdem muß in einer freien Gesellschaftsordnung auch der Einfluß selbst extremer Gruppen hingenommen werden, so lange nicht die Grundregeln der Gesellschaft verletzt werden. Die in der Demonstration gezeigte politische Haltung wandte sich einerseits gegen einen Herrscher, der sein Volk mit diktatorischen Methoden regiert, wie in durchaus substantiierten, von den Studenten verfaßten Berichten nachgewiesen wurde, und andererseits gegen die in diesem Fall gewiß übertriebene Form eines Staatsbesuchs. Beides mußte zu Protesten herausfordern.

Wie ich mich selbst überzeugen konnte, hat die Polizei durch bewußte Provokation, wie beispielsweise das Einfahren der sogenannten Jubelperser vor die Oper – die später auch als Schläger auf die Studenten losgelassen wurden – die Konfrontation gesucht. Man hatte den Eindruck, hier sollte in einer Denkmäleraktion ein abschreckendes Exempel statuiert werden.

Man darf hier nicht von einer Bewußtseinsänderung in der Professorenschaft sprechen. Einer solchen hat es im einzelnen nicht bedurft. Es ist selbstverständlich für jedermann – und nicht nur für Professoren – daß man sich gegen brutale Gewaltanwendung und Menschenmißhandlung wendet. Diese Symptome ließ das Verhalten der Polizei gegenüber den demonstrierenden Studenten vor der Oper am 2. Juni 67 erkennen. Eine Solidaritätserklärung ist deshalb nicht eine Frage der Gruppenzugehörigkeit noch der Zivilcourage, sondern ganz einfach eine notwendige ethische Haltung innerhalb einer demokratischen Gesellschaftsordnung.

Verfolgt man aufmerksam die Entscheidungen der politischen Gremien, so ist man nicht nur enttäuscht über deren Wirkungslosigkeit. Mit Besorgnis stellt man fest, daß immer mehr politische Tabus entstehen und sich allmählich eine Erstarrung der politischen Aktivität ausbreitet, die zu katastrophalen Auswirkungen führen kann. Ein kritischer Protest gegen die Selbstherrlichkeit und Selbstgenügsamkeit politischer Instanzen, von welcher Seite auch immer, ist ein unbedingt notwendiges Korrektiv und für die Existenz einer demokratischen Gesellschaftsordnung lebenswichtig. Gerade wenn ein Großteil der öffentlichen Institutionen als kritischer Partner versagt, wie das besonders in unserer unmittelbaren Umgebung der Fall zu sein scheint, ist es nicht Anmaßung, sondern Verpflichtung der Studenten, zu protestieren. Hieraus sollte man jedoch nicht einen Selbstzweck ableiten.

Ein Protest, der ohne Inhalt und Form vorgetragen wird, ist sinnlos. Den Studenten muß man sowohl die Berechtigung als auch die Möglichkeit zugestehen, den Weg des Protests als ein legitimes politisches Mittel zu wählen.

Zu allen Zeiten hatten die Hochschulen begrenzten Ausschnittcharakter, in der sich die verschiedenen geistigen Strömungen der Gesellschaft widerspiegeln. Insofern ist die Hochschule zwangsläufig auch politisch. Desinteresse, Lethargie, Unengagiertheit sind genauso gut, wenn auch nur negative, politische Verhaltensweisen wie das Umgekehrte. Das Unbehagen an bestehenden Zuständen in den Hochschulen, wie auch in der Gesellschaft, ist eines der Motive für das politische Engagement des Akademikers. Das andere, unmittelbar damit zusammenhängende ist das Gefühl des Nichtverstandenwerdens in einer Institution, die den veränderten Verhältnissen (Massenprobleme) nicht voll gerecht wird und die man deshalb zu reformieren wünscht. Je größer das Mißverhältnis zwischen Hochschule und Student wird, umso mehr wird er in eine extreme Haltung gedrängt. In seiner Rolle als dem unmittelbar Betroffenen liegt das politische Engagement, das durchaus legitim ist.

Wenn die Universität Modellcharakter hat und haben soll, darf der Spielraum für die Entwicklung eines autonomen politischen Urteils nicht mehr eingeschränkt sein als auch in der übrigen Gesellschaft. Die Forderung nach einer Distanzierung von der sogenannten Linken bedeutet letzten Endes eine politische Reglementierung; es ist deshalb ein nicht zu vertretender Standpunkt. Es wird allzu leicht verkannt, daß unsere Gesellschaft gezwungen ist, in einem ständigen Konflikt zu leben, der sich realiter nicht beseitigen läßt und auch nicht beseitigt werden sollte, am allerwenigsten durch Maßnahmen, die auf einer Ideologie basieren.

Aus meiner Sicht möchte ich drei Reformmöglichkeiten nennen:

1 die pragmatische Reform, 2 die diktierte Reform und 3 die gewaltsame Veränderung. Der pragmatische Weg kann mit Professoren und Studenten gemeinsam begangen werden. Er bringt wertvolle Erfahrungen und Ergebnisse im einzelnen, die exemplarische Auswirkungen haben und so allmählich eine Umstrukturierung der Institution zur Folge haben können. Dieser Weg ist langwierig, aber aussichtsreich, und von großer Effizienz. Es verlangt die Bereitschaft zur Kooperation und vor allem Verständnis auf beiden Seiten. Es ist eine Art Reform von innen heraus. Hiermit ist nicht gemeint eine einseitige Kompromißbereitschaft oder ein Überspielen der aufgetretenen Spannungen.

Als zweites ergibt sich die Möglichkeit einer geplanten, von außerhalb stehenden Instanzen vorgeschriebenen Reform. Hierbei lassen sich, was den allgemeinen Status anbetrifft, relativ schnell Veränderungen erzielen. Zu weitgehende Vorschriften jedoch führen zu Verfahrensstreitigkeiten und Kompetenzschwierigkeiten und schließlich zur Blockierung jeglicher Reformbewegung. Gleichzeitig liegt aber in der geplanten Reform die Gefahr einer diktierten Reform. Endprodukt einer solchen Entwicklung ist eine Staatsuniversität, die in allen Einzelheiten reglementiert und bis ins Kleinste gesteuert wird, vielleicht funktionstüchtig, aber aus Gründen der freiheitlichen geistigen Existenz indiskutabel. Eine dritte Reformmöglichkeit liegt in der gewaltsamen Veränderung mit den Mitteln einer offenen Revolte. Der Gedanke, unbrauchbare Einrichtungen abzuschaffen, um neuen Platz zu machen, ist in der Geschichte auf allen Ebenen – Natur, Religion, Kunst, Technik und Politik – nicht unbekannt. Es war oft – wie die Beispiele zeigen – der einzig wirkungsvolle Weg. Ein gewaltsamer Umbruch ist aber erst dann möglich und sinnvoll, wenn Ziele und Strategie zumindest den Initiatoren bekannt sind und wenn feststeht, daß alle anderen Mittel zur Durchsetzung der Forderungen versagt haben. Zielloses Revoltieren, Revolte um ihrer selbst willen, ist Nonsense, romantische Stenka-Rasin-Mentalität und unverantwortliches Indianerspiel. Daß reformiert werden muß, ist allen wirklich Beteiligten klar. Der einzig richtige Weg läßt sich schwer benennen. Man sollte eine Reform nicht allzu abstrakt sehen, weil man sonst Gefahr läuft, das Eigentliche aus dem Auge zu verlieren. Faktische und rationelle Gründe sprechen dafür, daß eine modifizierte abgestufte Reform die wirkungsvollste ist.

Churchill soll einmal gesagt haben: Wer mit zwanzig nicht Sozialist ist, hat kein Herz, wer es mit dreißig noch ist, keinen Verstand. Viele loben das jugendlich-moralische Engagement des Studenten, noch mehr tadeln jedoch die einseitige politische Richtung, in welcher es sich manifestiert. Wo sehen Sie das Hauptmotiv für die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren?

Der Student sieht sich zwei Forderungen gegenüber:
1 „Die Distanzierung von der Linken muß endlich aufhören!“ (E. Krippendorf am 24.1.67 im HE 101).
2 „Es gibt eine Grenze für die politische Betätigung, wo die demokratische Toleranz aufhört...“ (sinngemäß W. Tromp am 12.6.67 im EB 301).
Der heutige Student, wehrfähig ab 18, beansprucht politische Mündigkeit. Hat er im Universitätsbereich genügend Spielraum zur Entwicklung eines autonomen politischen Urteils?

Welche Möglichkeiten und Wege sehen Sie, den akademischen Nachwuchs auf den verschiedenen Ausbildungsstufen verantwortlich an der kontinuierlichen Ausgestaltung einer Universität der Zukunft zu beteiligen? Konkret: Läßt sich durch vorwegnehmende Zugeständnisse an die Studenten- und Assistentenschaft eine Zuspitzung der Interessengegensätze zwischen Studenten und Professoren im Sinne eines syndikalischen Selbstverständnisses umgehen?

Die studentische Jugend heute gilt als besonders autoritätskritisch, ja-feindlich. Wir beobachteten, wie kürzlich bei der 125-Jahr-Feier des Ordens ›Pour-le-mérite‹ Bundespräsident wie Reg. Bürgermeister ausgebuht wurde, Nobelpreisträger Prof. Hahn jedoch freundlichen Beifall erhielt. Wie deuten Sie diese unterschiedliche Behandlung?

Die Feststellung gleichwie der Vorwurf, zu viele unserer Ordinarien seien in tradierten Denkkategorien befangen, praktizierten ›obrigkeitshörige Handlungsweisen‹, ist bereits zu oft getroffen wie erhoben worden, daß wir stattdessen fragen möchten: Wie ist es zu erklären, daß der Zwang zur ständigen Korrektur des eigenen Erkenntnisstandes im Bereich der Wissenschaft für einen Ordinarius nicht konsequenterweise auch eine Überprüfung seiner institutionell begründeten und bedingten Position zur Folge hat?

Es gibt Professoren, die sich selbst Lernfähigkeit zubilligen, nur „bitte nicht mit vorgehaltener Pistole“. Den Studenten wirft man allzu großen Ungestüm vor – wie betulich darf sich eigentlich heute noch „Opas Hochschule“ gebärden?

Der amerikanische Kulturphilosoph John Dewey begreift den Künstler nicht als Urheber, sondern als Indikator und seine Kunst nicht als Ursache, sondern als Symptom der Zeit-Zustände. Ist es analog dazu noch vertretbar, den Studenten als Urheber der (politischen) Unruhe zu bezeichnen; ist er, der sich in einem durch eine umfassende Wissensaufnahme ausgelösten Umschichtungsprozeß befindet, nicht durch die dadurch bedingte Sensibilität prädestiniert für die Registrierung sich abzeichnender geschichtlicher Entwicklung z. B. der 3. Welt gegen die hochzivilisierten Völker – sollte er nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht haben, sich der Öffentlichkeit mitzuteilen?

In diesem Zusammenhang ist bekanntlich die Art der Presseberichterstattung hier in Berlin von studentischer Seite heftig angegriffen worden – was raten Sie uns: Boykott oder ‚Kollaboration‘?

Was tun, wenn in den Augen vieler Studenten alle etablierten Parteien weder „Fisch noch Fleisch“ sind und die Alternative parteipolitischer Abstinenz nicht die Mitgliedschaft in einer, sondern besser gleich in allen Parteien wäre?

Es ist ein Zeichen für das Urteilsvermögen der studentischen Jugend. Sie zeigt, daß geistige Leistung und menschliche Qualität durchaus anerkannt werden.

Offensichtlich eine Frage der Selbstkritik, mehr noch der Selbsterkenntnis und Bescheidenheit. Eine Technische Hochschule muß viel mehr als eine geisteswissenschaftliche in der Struktur der Lehrgebiete und Einrichtungen variabel sein. Sie ist in ihrer Existenz abhängig von der Anpassungsfähigkeit an den neusten Erkenntnisstand der Wissenschaft. Das bedingt ein dynamisches, ständig sich wandelndes System. Insofern tritt auch sehr schnell die Gefahr einer Überalterung und eines nicht mehr Funktionierens der Institution auf. Es ist dringend notwendig, Überlegungen anzustellen und geeignete Schritte zu unternehmen, um die Gefahr der Erstarrung zu verhindern und gleichzeitig ein System mit größtmöglicher Variabilität zu schaffen. In diesem Zusammenhang sollte als eine Sofortmaßnahme das Prinzip der Besitzstandwahrung aufgehoben werden, das sich immer mehr als ein großes Handicap für die Entwicklung erweist. Darüberhinaus wäre mit einer Untersuchung über die Leistungsfähigkeit der Hochschule zu beginnen.

Das Primat der technischen Hochschule sollte aus den vorerwähnten Gründen auf dem Gebiet der Forschung liegen, als deren Produkt die Lehre zu betrachten ist. Unter dem Aspekt gemeinsamer Forschungstätigkeit von Studenten, Assistenten und Professoren wird die Frage nach der Lernfähigkeit der Professoren und der Betulichkeit der Hochschule irrelevant.

In einer integrierten Gesellschaft hat der Student das gleiche Recht und auch die Pflicht, sich der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie jede andere gesellschaftlich, politisch oder sonstwie organisierte Gruppe. In diesem Konzert muß er sich allerdings über seine Rolle und vor allen Dingen über seine Verantwortung bewußt werden. Aus seiner Lage und aufgrund der besonderen Kenntnisse, über die er verfügt, sollte es ihm möglich sein, einen hohen Bewußtseinsgrad zu erreichen. Die Methoden und Mittel müssen einem Bewußtseinsgrad angepaßt sein, der seiner prädestinierten Stellung entspricht. Die Adäquatheit der Mittel und Methoden verlangen einen entsprechend hohen Wirkungsgrad. Ich denke hierbei vor allen Dingen an wissenschaftlich fundierte Methoden und an die Mittel der Publizistik.

Boykott ist in der Realität ein wirkungsloses Mittel (siehe Hallstein Doktrin). Der Begriff Kollaboration soll hier nicht verwandt werden. Überlegenswert wäre der Versuch, auf eine objektive Berichterstattung Einfluß zu nehmen. Die Möglichkeiten hierzu bieten sich in Diskussionen mit Journalisten, in eigener Berichterstattung und in Artikelserien in der Tagespresse; darüberhinaus in der Schaffung eines eigenen publizistischen Organs. Die Sozialdemokratie trennte sich erst vom SDS, dann vom SHB; die freien Demokraten bekennen sich ungern zu ihrem Hochschulableger, den Jungdemokraten; und auch das Verhältnis der CDU zur Jungen Union ist nicht gänzlich ungetrübt. Dennoch empfahl der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Rass den Studenten, massiert in die politischen Parteien einzutreten, um so ihren Einfluß geltend zu machen.

Die Zugehörigkeit zu politischen Parteien ist nicht die einzige Möglichkeit, auf die gesellschaftliche Entwicklung Einfluß zu nehmen. Die parteiungebundene und freie Meinungsäußerung einzelner Persönlichkeiten und kleiner Gruppen ist notwendig und kann für die allgemeine Meinungsbildung entscheidend sein. Gerade eine hohe zivilisierte Massengesellschaft ist auf die Entscheidung und Stellungnahmen hervorragender Wissenschaftler, Künstler und Persönlichkeiten aus verschiedenen Sektoren des öffentlichen Lebens angewiesen, wie sich an der jüngsten Vergangenheit zeigen läßt. Gesellschaftlich kommt der Stimme einzelner und auch kleinerer, nicht politisch organisierter Gruppen eine große

Bedeutung als Korrelat zu den politischen Organisationen zu. Es wäre falsch, wenn die öffentliche Diskussion sich ausschließlich im Parteirahmen abspielte. Die Parteien bilden heute bereits in der Gesellschaft ein statisches Element, das notwendigerweise der Ergänzung der nicht organisierten Meinungsäußerung bedarf, in vielen Fällen sogar darauf angewiesen ist, besonders dann, wenn es sich um Sachfragen handelt. Die Rolle des Experten kommt in der politischen Auseinandersetzung immer mehr ins Spiel.

aus: Anrisse, Heft 59, Juli 1967

H
 An dem
 Über den Tod des Studenten Benno
 Ohnesorg bin ich erschüttert und
 über die Umstände, die zu diesem
 traurigen Ereignis geführt haben,
 zutiefst besorgt. Ich habe an den akad.
 Senat d. FU appelliert, ~~+~~ ~~da~~ die
 Ermittlung Untersuchungen mit seiner
 ganzen Autorität zu unterstützen, ~~+~~ ~~da~~
~~gleichzeitig~~ die Studenten weiteren
 Diffamierungen der Studenten in der
 Öffentlichkeit entgegenzutreten.

892225

Senat der FU
~~an den~~
 über den Tod des
 Juni. Benno Ohnesorg
 bin ich erschüttert und
 besorgt. Ich habe an den
 akad. Senat
 appelliert, sich
 mit seiner ganzen
 Autorität dafür
 einzusetzen, dass
 die Untersuchungen
 mit seiner ganzen
 Autorität unterstützt werden.

Architektur-Fakultät in Berlin unter dem Terror der Extremisten Das Diplomanden Kollektiv Aldi hat 11 Jahre nach dem Tod von Benno Ohnesorg eine Materialsammlung zur Studentenbewegung zusammengestellt. Eine ausführliche Chronologie faßt die Geschichte aus der studentischen Perspektive in folgenden Stichpunkten zusammen:

02.06.1967 Seminar Ungers geht geschlossen zur Schah-Demonstration.

Nach dem 02.06.1967 Flugblattverteilzentrale für die nördliche Hälfte West-Berlins im Ungerslehrstuhl. Seminarräume werden umfunktioniert. Gedanke einer Gegenzeitung: regelmäßige Flugblätter in jeden Berliner Briefkasten.

Studenten der Arch.-Fak. Gründen das APA (Aktionskomitee für politische Arbeit) als Ersatz für den an der TU Berlin nicht zugelassenen SDS.

Wintersemester 1967/68 KU (Kritische Universität): einziger Arbeitskreis an der TU war „Architektur und Gesellschaft“. Aus diesem AK ging die Gruppe hervor, die später die Planerflugschrift veröffentlichte. Zu ihr gehörten Ekkehard Brun, Frieder Döpping, Marc Fester, Sabine Kraft und Nikolaus Kuhnert.

Oktober 1968 Gegendarstellung zu den Berliner Bauwochen. Ausstellung der Gruppe 507: „Diagnose“ im halbfertigen Flachbau. Als Ergebnis der KU Planerflugschrift 1 veröffentlicht.

14.12.1968 Ausschreibung der Lehrstühle Hammerbacher, Hermkes, Pieper, Ungers, Lorenz durch Dekan Bressler in der FAZ

Vor dem Hintergrund der extremen Verhältnisse nach dem 2. Juni 1967, dem Tod von Benno Ohnesorg, hat Oswald Mathias Ungers, auch in seiner Funktion als Dekan der Fakultät der Architektur, nebenstehende Textskizze aufgesetzt: **Über den Tod des Studenten Benno Ohnesorg bin ich erschüttert und über die Umstände, die zu diesem traurigen Ereignis geführt haben, zutiefst besorgt. Ich habe an den akad. Senat d. FU appelliert, die Untersuchungen mit seiner ganzen Autorität zu unterstützen, weiteren Diffamierungen der Studenten in der Öffentlichkeit entgegenzutreten.**

© Ungers Archiv für Architekturwissenschaft